

Gewerkschaft fasst Resolution gegen Spitalstrategie

Kritik Der St. Galler Gewerkschaftsbund protestiert gegen die Spitalstrategie der Regierung. Die Delegierten miss-trauen der Aussage der Regierung, der Umbau der Spitäler werde mindestens 70 Stellen kosten. Dies wecke «den Verdacht, dass der personelle Kahl-schlag deutlich grösser sein wird», schreibt der Gewerkschaftsbund und kündigt eine Resolution gegen die Pläne der Regierung an. Sie hatte im Oktober bekannt gegeben, die Regional-spitäler Altstätten, Flawil, Rorschach, Walenstadt und Wattwil schliessen zu wollen. Damit schwäche die Regierung jene Regionen des Kantons, welche teils heute schon nicht zu den wirtschaftlich starken gehören. «Da nützen auch die Versprechungen nichts, den Stellenabbau durch natürliche Fluktuationen abzufedern.» Seien die Spitalschliessungen erst einmal Tatsache, werde es schwer sein, die Mitarbeitenden «bei der Stange zu halten», befürchtet der Gewerkschaftsbund. Mit den Spitalschliessungen gingen zudem Ausbildungsplätze verloren – auch diese könnten in den ländlichen Gebieten kaum ersetzt werden.

Die Delegierten des Gewerkschaftsbundes betonen: Sie wehrten sich nicht generell gegen Anpassungen der Spitalstruktur. Aber: «Die wohnort-nahe Versorgung muss beibehalten werden – Notfallzentren reichen dafür nicht.» (rw)

Preis für die besten Jugendprojekte

Förderung Am Samstag, 16. November, findet zum 15. Mal das interregionale Finale des Jugendprojekt-Wettbewerbs statt. Neun Projektteams aus dem Kanton St. Gallen, Vorarlberg und Liechtenstein stellen sich der jugendlichen Jury und können Preisgelder im Gesamtwert von 4250 Euro gewinnen. Dieses Jahr ist der Kanton St. Gallen Gastgeber. Regierungsrat Martin Klöti wird die Jugendlichen und Gäste in der Jugendbeiz Talhof in St. Gallen begrüssen. In der kantonalen Vorausscheidung haben sich drei St. Galler Teams für das interregionale Finale qualifiziert. Durch den Wettbewerb erhalten Jugendliche und junge Erwachsene von 13 bis 24 Jahren eine Plattform, ihre Kreativität und ihr Engagement zu zeigen. Der Anlass im Talhof St. Gallen ist öffentlich, Beginn ist um 17.30 Uhr. (red)

Bauboom bedroht Streusiedlungen

Die Stiftung Landschaftsschutz kritisiert den exzessiven Abbruch von Bauernhäusern im Kanton St. Gallen.

Marcel Elsener

Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) schlägt Alarm: Der Abbruch der regionaltypischen Bauernhäuser im Kanton St. Gallen laufe «im Schnellzugtempo», der Bauboom bedrohe das baukulturelle Erbe ausserhalb der Bauzone. In einem offenen Brief an den St. Galler Bauchef Marc Mächler bittet SL-Geschäftsleiter Raimund Rodewald die Regierung, «raschmöglichst Vorkehrungen zu treffen, um diese Entwicklung in normale Bahnen zu lenken».

Allein seit Oktober wurden laut der Stiftung im Kanton 20 Baugesuche für Abrisse von teils alten landschaftsprägenden Bauernhäusern und in der Folge für Ersatzneubauten ausserhalb der Bauzone publiziert. Die Qualität der Neubauten lasse «in den allermeisten Fällen leider völlig zu wünschen übrig», heisst es im Schreiben. Bei der Lancierung der St. Galler Ständesinitiative für den erleichterten Abriss und Wiederaufbau der Bauernhäuser habe «niemand solche exzessiven Ausmasses» gewollt, schreibt Rodewald. Angeblich herrschten im Amt für Raumentwicklung und Geoinformation (Areg) «massive Kapazitätsengpässe», um diese Abrissflut rechtlich bewältigen zu können. Er danke Mächler für das Engagement zu Gunsten der Streusiedlungslandschaft, schliesst Rodewald.

Heimatschutz und WWF seit Jahren «sehr besorgt»

Der Landschaftsschutz nimmt damit die Kritik auf, die der Heimatschutz SG/AI bereits 2018 in einer Resolution formulierte.



Bedrohte Baukultur: Streusiedlungsgebiet im Toggenburg, wie hier in Unterwasser.

Bild: KEY

Die Umnutzung der historischen Landwirtschaftsbauten dürfe kein Freipass für eine ausufernde Bautätigkeit werden, heisst es darin. Sie sei nur sinnvoll, wenn sie einen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft leiste, und müsse qualitativ hohen Anforderungen genügen. Der Heimatschutz nehme «mit grosser Sorge wahr, wie wenig diese Grundsätze praxisnah umgesetzt werden». Gemeinde- und Kantonsbehörden sollten «der raumplanerischen Fehlentwick-

lung den Riegel schieben». Heimatschutz und WWF begleiten das Thema seit Jahren und teilten die Beobachtung der SL, sagt Reto Schmid, Rechtsberater beim WWF St. Gallen. «Die Verbände können leider nur punktuell gegen die grössten Verstösse gegen die entsprechenden Artikel des Raumplanungsgesetzes vorgehen», so Schmid. «Ein Sinneswandel konnte bisher nicht erreicht werden.» Der WWF selbst führe vor allem Fälle zur Wiederherstel-

lung des rechtmässigen Zustandes, sprich zur Umsetzung von rechtskräftigen Entscheiden durch die Gemeinden. «Auch hier nimmt das Areg seine Aufsichtsfunktion über die Gemeinden sehr mangelhaft wahr.» Laut den Verbänden «fehlen im Amt der nötige fachliche Einbezug der Denkmalpflege oder von Architekten sowie der politische Wille zu einer bundesrechtskonformen Praxis». Man erwarte von Regierungsrat Mächler und Areg-Leiter Ralph Etter «ein

klares Bekenntnis für den Schutz unserer Landschaft und die Einhaltung der Vorgaben des Bundesrechts». Heimatschutz und WWF haben schon vor längerem ein Handbuch für die regionaltypische Architektur ange-regt, so Schmid. Damit könne der sorgsame Umgang mit der Landschaft und dem Denkmalschutz gewährleistet werden.

Bauberatung eine Frage des politischen Willens

Das Baudepartement werde den Brief beantworten und das Gespräch mit Rodewald suchen, sagt Areg-Leiter Ralph Etter in einer ersten Reaktion. Der Kanton verzeichne seit 2013 im Durchschnitt 30 Abrisse und Neubauten pro Jahr. Die Tendenz sei tatsächlich steigend, 2018 waren es 38, 2019 sind es bereits 41. Angesichts von 2800 Wohnbauten ausserhalb der Bauzone im Kanton sei die Erneuerungsrate allerdings gering. Den Vorwurf der mangelnden Qualität vieler Bauten nimmt Etter zur Kenntnis. St. Gallen habe im Gegensatz zu anderen Kantonen mit dem «Verunstaltungsverbot» eine eher schwache Vorgabe für die Gestaltungsvorschriften gewählt. Diese zu ändern, etwa mit dem Passus, dass ein Bau «gut in die Landschaft passen muss», sei eine «Frage des politischen Willens». Dies gelte auch für eine im Amt eingerichtete Bauberatung, wie es etwa Innerrhoden und Zug machten, um Bauherren «gezielt zu sensibilisieren».

Aufgrund der anhaltenden Kritik der Heimat- und Naturschutzverbände sind in der Sache demnächst wohl politische Vorstösse zu erwarten.

St. Galler Schüler sollen das Ländle meiden

Der Kanton St. Gallen erschwert Schülern den Zugang zur Berufsmaturitätsschule Liechtenstein.

Aktuell kommen von 150 Schülerinnen und Schülern der Berufsmaturitätsschule Liechtenstein (BMS) 61 aus dem Kanton St. Gallen. Künftig dürften es weniger sein. Ab dem nächsten Schuljahr übernimmt der Kanton die Kosten von 16100 Franken pro Ausbildung nur noch in begründeten Fällen. Das geht einher mit der Gleichstellung Liechtensteins mit den Mitgliedskantonen des Regionalen Schulabkommens EDK-Ost. Bruno Müller, Leiter des Amts für Berufsbildung im Kanton

St. Gallen, nennt neben der Gleichbehandlung die geografische Nähe zum Berufs- und Weiterbildungszentrum Buchs (BZB) als Grund für die Massnahme.

Französisch umgehen in Liechtenstein

Das Fürstentum habe sein Angebot in den letzten Jahren stets ausgebaut, sodass es beispielsweise in den Bereichen Wirtschaft sowie Gesundheit und Soziales in direkter Konkurrenz zum BZB Buchs getreten sei. Weil der Französischunterricht

wegfalle, sei der Besuch der Liechtensteiner BMS zusätzlich attraktiv. In der Schweiz hingegen ist eine zweite Landessprache Pflicht bei der Berufsmaturität. Gemäss Müller wäre ein bedingungsloses Zulassen im Fürstentum daher eine Ungleichbehandlung. Neu müssen Lernende aus dem Kanton St. Gallen deshalb belegen, dass das Umgehen des Französischunterrichts nicht der einzige Grund für den Besuch der Liechtensteiner BMS ist. Wer eine Kostengutsprache des Kantons

will, muss aufzeigen, dass das entsprechende Angebot in St. Gallen fehlt oder der Weg unzumutbar ist. Das trifft auf eine Fahrtzeit von mehr als einer Stunde mit dem öffentlichen Verkehr zu. «Wichtige Gründe der antragstellenden Person werden im Einzelfall geprüft», heisst es auf einem Merkblatt. Der Besuch der Liechtensteiner BMS wird also nicht unmöglich, aber erschwert.

Das «Liechtensteiner Vaterland» titelte prominent: «St. Gallen bremst BMS Liechtenstein

aus». Gegenüber der Zeitung betonte Rektor Reinhard Sachs, dass die Zusammenarbeit zwischen den Schülern in St. Gallen und Liechtenstein stets positiv gewesen sei. Über die neue Massnahme sagte er: Wenn die Schweizer Schüler an der Schule ausblieben, könnte es dazu führen, dass Klassen und Personal gestrichen werden müssten. Die genauen Anmeldezahlen erhält der Rektor im Februar.

Katharina Brenner

ANZEIGE

Trauringe?

Dann auf zur «Messe nach der Messe»! Noch bis Ende November oben an der Neugasse 48 in Sankt Gallen.

Oder zum Online-Konfigurator: www.chronometrie.ch/trauringe

1886

LABHART

CHRONOMETRIE & GOLDSCHMIEDE
Inhaber Romano Prader

Neugasse 48 | 9000 Sankt Gallen
chronometrie.ch